

Inhalt

1.	Erfolgreiche Sommersession.....	1
2.	Abstimmungen vom 23. September 2012	2
3.	Sommerjob gesucht?.....	3
4.	Nächster nationaler Newsletter	3
5.	Wichtige nationale Termine 2012	3

1. Erfolgreiche Sommersession

Die nationale Session vom Juni war eine intensive, dafür aber eine erfolgreiche Zeit für die Grünliberalen.

Zwar hat der Nationalrat die Landschaftsinitiative abgelehnt, der wichtigeren Teilrevision des **Raumplanungsgesetzes** hat er aber zugestimmt. Dank der Revision ist die Mehrwertabgabe nun endlich gesetzlich verankert und kann umgesetzt werden. Somit können neu die Gewinne bei Einzonungen benutzt werden, um andernorts Bauzonenreduktionen zu finanzieren. Die Reduktion von überdimensionierten Bauzonen wird dazu verhelfen, die Zersiedelung zu bremsen und wertvolles Kulturland zu sichern. Dieser wertvolle Schritt in der Raumentwicklung hat unsere Fraktion, insbesondere die beiden UREK-Mitglieder Verena Diener und Martin Bäumle, entscheidend mitgetragen.

Auch den zustimmenden Entscheid des Nationalrates zu den diversen **Steuerabkommen** tragen die Grünliberalen mit. Die Abkommen schaffen Planungs- und Rechtssicherheit. Die Partnerstaaten erhalten auf legalem Weg die ihnen zustehenden Steuereinnahmen, während dem die Privatsphäre der Kunden gewahrt bleibt. Dieser positive Beschluss wird helfen, die Glaubwürdigkeit der Schweiz und das Vertrauen in unseren Finanzplatz zu stärken.

Wellen geworfen hat die glp Fraktion mit dem Entscheid, die **Bonus-Steuer** fallen zu lassen. Dies obwohl sich die Grünliberalen immer klar gegen Lohnexzesse ausgesprochen und gegenüber der Bonus-Steuer stets Vorbehalte geäußert haben. Weil unsere Fraktion bei den Schlussabstimmungen das berüchtigte Zünglein an der Waage war, stand sie im Fokus der Medien. Der indirekte Gegenvorschlag übernimmt 80% der Forderungen der ursprünglichen Initiative, eliminiert aber die für die Wirtschaft schädlichen Elemente. Vergütungsexzessen einiger Firmen wird mit der Stärkung der Aktionärsrechte der Riegel geschoben. Die Bonus-Steuer, die nichts anderes als eine weitere Unternehmenssteuer gewesen wäre, hätte von internationalen Firmen mit Leichtigkeit umgangen werden können. Zudem hat die glp Fraktion gehofft, der Wegfall der Bonus-Steuer könne Ständerat Minder dazu bewegen, seine radikale Initiative zurückzuziehen. Diese Brücke wird der Initiant wohl aber nicht nutzen wollen.

Sehr emotional verlief die Debatte zur **Asylgesetzrevision**. Begrenzte Ressourcen und limitierter Raum machen es derzeit leider schwierig, dass die Schweiz Personen, die an Leib und Leben bedroht sind, unkompliziert aufnehmen und damit ihrer humanitäre Tradition vollumfänglich nachkommen kann. Eine sachliche Diskussion, die zu dringenden Verbesserungen führen würde, wäre dringend nötig gewesen. Trotz der hitzigen Debatte mit sturen Positionsbezügen links und rechts, ist es der glp Fraktion gelungen, einen Kompromissantrag zur Rettung des Familienasyls durchzubringen. Dank diesem Einzelantrag ist es gelungen, die Mehrheit im Rat zu erlangen und so den engsten Familienangehörigen einen Nachzug zu ermöglichen, aber auf die Ausdehnung auf die gesamte Verwandtschaft zu verzichten. Welche weiteren Punkte der Revision die glp Fraktion mitgetragen hat, kann der entsprechenden [Medienmitteilung](#) entnommen werden.

Weiter verweisen wir auf die Berichte unserer beiden glp Vertreterinnen:
aus dem Ständerat, von Verena Diener, Ständerätin ZH: [Bericht](#)
aus dem Nationalrat, von Margrit Kesser, Nationalrätin SG: [Bericht](#)

2. Abstimmungen vom 23. September 2012

Der Vorstand der glp Schweiz hat auf Empfehlung der nationalen Fraktion folgende Parolen gefasst:

- **NEIN zur Initiative «Sicheres Wohnen im Alter»**

Die Volksinitiative „Sicheres Wohnen im Alter“ will Rentnerinnen und Rentnern ein einmaliges Wahlrecht einräumen, den Eigenmietwert nicht mehr zu versteuern. Im Gegenzug sind die mit dem Wohneigentum verbundenen Schuldzinsen nicht mehr abziehbar. Hingegen sollen die jährlichen Unterhaltskosten bis zu einem Höchstbetrag von 4000 Franken und die Kosten für Massnahmen, die dem Energiesparen, dem Umweltschutz und der Denkmalpflege dienen, vollumfänglich abzugsberechtigt bleiben. Die Volksinitiative würde zu zwei parallelen Steuersystemen führen und sie hätte eine Ungleichbehandlung von Hausbesitzern zur Folge. Es gibt aber keine sachlichen Gründe dafür, warum Hausbesitzer im Rentenalter gegenüber den jüngeren Hausbesitzern besser gestellt werden sollten. Eine Annahme der Initiative wäre ungerecht, kompliziert und ineffizient.

- **JA zum Bundesbeschluss zur Jugendmusikförderung**
(Gegenentwurf zur Volksinitiative «Jugend und Musik»)

Musik soll gleich wie der Sport in der Bundesverfassung verankert werden. Ein gesunder Körper braucht auch einen gesunden Geist. Die Volksinitiative «Jugend und Musik» hat erreicht, dass Bundesrat und Parlament den Handlungsbedarf betreffend der «Musikalischer Bildung» im schulischen und ausserschulischen Bereich erkannt und akzeptiert hat. Der neue Bundesbeschluss zur Jugendmusikförderung als Gegenentwurf zur Initiative, wurde von Bundesrat und Parlament verabschiedet. Das Initiativkomitee hat in der Folge die Initiative zugunsten des Gegenentwurfs zurückgezogen.

Obwohl die Verfassung nicht der korrekte Ort ist um einem solchen Anliegen gerecht zu werden und die Kantone dabei Kompetenzen im Bildungswesen verlieren würden, so anerkennt die glp Fraktion, dass die musischen Fächer für eine Persönlichkeitsentwicklung und einen ganzheitlichen Stundenplan wichtig sind. Zudem sollen sich mit dem Beschluss musikalisch begabten Kindern und Jugendlichen die gleichen Chancen eröffnen wie sie sportbegabte Kinder und Jugendliche bereits lange erfahren.

- **NEIN zur Initiative «Schutz vor Passivrauchen»**

Die Initiative will das im Jahr 2010 in Kraft getretene Gesetz verschärfen bzw. die kantonalen Regelungen vereinheitlichen. In Räumen, die als Arbeitsplätze dienen, sowie – mit wenigen Ausnahmen – in allen anderen Innenräumen, die öffentlich zugänglich sind, soll ein generelles Rauchverbot gelten. Ausnahmeregelungen sollen keine mehr möglich sein. Die Initiative führt damit zu einer Vereinheitlichung der derzeit unterschiedlichen Praxis in den Kantonen. Damit wird der heute den Kantonen zugestandene Handlungsspielraum – nämlich den Schutz der Gesundheit zu verbessern, strengere Vorschriften zu erlassen – gestrichen. Dieser Handlungsspielraum war Bestandteil des Kompromisses beim heutigen Gesetz.

Aus Sicht der glp Bundeshausfraktion reicht die heutige Gesetzgebung aus, um die Gesundheit der Arbeitnehmer/-innen und der Bevölkerung zu schützen. Obwohl das Gesetz erst kürzlich in Kraft getreten ist, funktioniert der Vollzug durch die Kantone insgesamt zufriedenstellend. Es braucht deshalb keine Regelung auf Verfassungsstufe. Stattdessen wollen die Grünliberalen, dass neben der Prävention auch die Eigenverantwortung hochgehalten wird.

3. Sommerjob gesucht?

Um den Eingang der gesammelten Unterschriften auch während den Sommerferien hoch zu halten, werden wir nun für unsere Initiative „Energie- statt Mehrwertsteuer“ vermehrt externe Sammler/-innen anstellen. Für jede gesammelte und beglaubigte Unterschrift werden 2 Franken ausbezahlt. Durchschnittlich können gemäss unseren Erfahrungen je nach Zeit und Ort 10 - 25 Unterschriften pro Stunde gesammelt werden.

Kennt ihr Student/-innen, Schüler/-innen und/oder andere Personen, die gerne gutes Geld verdienen wollen? Macht Werbung in Eurem Freundeskreis und streut den folgenden Link aktiv an alle möglichen Sammler/-innen http://www.grunliberale.ch/doku/esm/Inserat_Homepage_glpCH.pdf

4. Nächster nationaler Newsletter

Der nächste nationale Newsletter erfolgt in der Woche 40.

Berichte aus den Kantonen und oder Tipps an alle Mitglieder könnt ihr gerne bis zum 24. September 2012 an schweiz@grunliberale.ch senden. Wir behalten uns vor, eine Auswahl/Selektion zu machen. Danke.

5. Wichtige nationale Termine 2012

1. September	Vorstandssitzung glp CH in Bern
23. September	Nationaler Abstimmungstag
3. November	Delegiertenversammlung in Bern
17. November	Vorstandssitzung glp CH in Bern / Retraite glp CH (Ort zu bestimmen)
25. November	Nationaler Abstimmungstag